

Herrn
Präsidenten des NÖ Landtages
Mag. Edmund Freibauer

St. Pölten, am 30. September 2005

LH-L-64/068-2005

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic betreffend „doppeltes Spiel der ÖVP in Sachen Sozialstandards und EU-Dienstleistungsrichtlinie“ darf ich wie folgt mitteilen:

Die Haltung des Bundeslandes NÖ floss in die Einheitliche Länderstellungnahme gemäß Art. 23d Abs. 2 B-VG zum Richtlinienvorschlag ein, die am 30. Juni 2004 an das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union in Brüssel geschickt wurde.

Der Richtlinienentwurf wird derzeit – nach der Diskussion im Europäischen Parlament am 24. Mai 2005 – in den wesentlichsten Kritikpunkten überarbeitet.

Um die Abgeordneten des NÖ Landtages über den aktuellen Stand des Richtlinienentwurfes zu informieren, hat der NÖ Landtag am 9. Juni 2005 eine eigene Informationsveranstaltung durchgeführt.

Ein Antwortschreiben auf die Resolution des Landtages wurde seitens des Bundeskanzleramtes, Ministerratsdienst, übermittelt. Mit Regierungsbeschluss vom 12. September 2005 erfolgte der Bericht an den Präsidenten des Landtages.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Pröll eh.